

Was von der Erinnerung bleibt Oder: Hier sollte ein Zitat stehen

Charlotte Trippolt

Erschienen in der FREIRAD-Programmzeitung August-September 2021

Ich wollte den Text unbedingt mit einem solchen beginnen. Der guten wissenschaftlichen und journalistischen Praxis folgend hörte ich mir deshalb jenes aufgezeichnete Gespräch an, aus welchem ich zitieren wollte. Und stellte fest, dass meine Erinnerung mich getäuscht hatte. Mein Gehirn hatte die Antworten meines Gegenübers vermischt und in einer leicht veränderten Form abgespeichert. Mit der Erinnerung ist es ja so eine Sache. Manchmal ist sie fehlerhaft – wie beim österreichischen Finanzminister etwa, der sich nicht mehr an seinen Besitz eines Laptops erinnern kann. Manchmal weist sie Lücken auf – wie beim österreichischen Bundeskanzler etwa, der sich nicht mehr an seinen Schriftverkehr im Rahmen von Postenbesetzungen – auch mit potentiellen Kandidat*innen – erinnern kann.

Die beiden Herren sind damit in einer weitaus prekäreren Situation als ich. Nämlich in einer, die über ihre persönliche Zukunft, aber auch über die eines ganzen Landes entscheiden könnte. Im U-Ausschuss werden Fragen nach Postenschacher und Korruption gestellt. Falschaussagen können hier gemäß § 288 StGB mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden. Da ist es unangenehm, wenn einen die Erinnerung im Stich lässt. Unangenehm auch, wenn die Befragung nach dem Untersuchungsausschuss noch weitergeht. Da gibt es nämlich noch Journalist*innen, die unaufhörlich fragen und nachhaken. Die Befragten mögen sich deshalb oft bedrängt fühlen. Letztendlich geht es hier aber nicht um ihr Wohlbefinden, sondern um das Funktionieren der Demokratie.

„Wenn eine Person eines demokratischen Landes nicht weiß, was in diesem Land passiert, was die Regierenden mit der Macht machen und was die

verantwortlichen Leiter in einem Land vorhaben, dann wird ihr das ganze Leben aus der Hand rutschen.“

Diese Worte stammen von Juliá Váradi, die im April 2021 zu Gast im „Politischen Gespräch“ auf FREIRAD war. Die Journalistin arbeitet für den ungarischen Radiosender Klúbradio, welcher objektiv unter anderem über innenpolitische Ereignisse und Entwicklung berichtet. Klingt eigentlich harmlos, ist es aber nicht. Denn mit seinen journalistischen Standards widerspricht Klúbradio der mittlerweile mehrheitlichen Praxis in den ungarischen Medien, stets zum Wohlwollen der regierenden Partei zu berichten. Diese bedroht und zerstört seit Jahren die Pressefreiheit und zwingt Medien auf eine Linie. Was für die Menschen in Ungarn zu Folge hat, dass sie nicht alle Informationen bekommen, die ihnen - auch im Sinne der politischen Partizipation - eigentlich zustehen würden.

„Ich würde [also] jedem raten, für seine eigene Informations- und Meinungsfreiheit zu kämpfen und stets vor Augen zu haben, dass man alles wissen muss und darf und sogar zu wissen gezwungen ist, was in einem Land für ihn oder gegen ihn gemacht wird.“

Wichtige Verbündete im Kampf um Informations- und Meinungsfreiheit sind damit im besten Fall immer auch die Journalist*innen, die von Politiker*innen Aussagen zu ihrer parteipolitischen Vergangenheit, ihrer Arbeit und ihren Zukunftsplänen fordern. Journalist*innen verhelfen mit ihrer Arbeit den Menschen also zu Informationen, von denen ausgehend sie sich eine eigene Meinung bilden können. Zu politischen Diskussionen und rechtlichen Entscheidungen, zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Fragestellungen. Zu den Versprechen und dem (Wahl-)programm der Parteien. Und damit auch hinsichtlich der Frage, in was für einer Welt sie oder er leben möchte. Genau aus diesem Grund ist es dann auch bedenklich, wenn die EU-Kommission während einer Pandemie Journalist*innen den Zutritt zu Pressekonferenzen mit Hinweis auf die gesundheitlichen Schutzmaßnahmen verweigert. Oder österreichische Politiker*innen nur noch „unkritischen“ Medien Interviews geben. Oder der ORF den Bundestag der jungen ÖVP, nicht aber jene anderer Parteien, online überträgt, und

dabei auf kritische Kommentare und Fragen von Journalist*innen verzichtet. Oder wenn Politiker*innen auf unterschiedliche Fragen immer die gleiche Antwort geben. Das sollte stets zu denken geben. Haben Politiker*innen nichts zu sagen? Oder haben sie die Fragen nicht verstanden? Und dann?

In diesem Moment fiel mir auch das Zitat wieder ein. Auf die Frage, was jeder Mensch für Presse-, Informations- und Meinungsfreiheit tun kann, antwortet Júlía Váradi ganz einfach: „**Nicht aufhören, Fragen zu stellen.**“ Übrigens wird dieses Zitat auch Albert Einstein zugesprochen. Ob er dasselbe meinte, daran kann ich mich nicht erinnern.

Charlotte Trippolt